

Fraktion DIE LINKE.
im Stadtrat Gera
Fraktionsgeschäftsstelle
Dr. W. Neudert

Wichtige Ergebnisse der Stadtratssitzung vom 10.10.2013

Unmittelbar vor der Stadtratssitzung **demonstrierten Beschäftigte der SWG AG und deren Tochterunternehmen** auf dem Kornmarkt aus aktuellem Anlass um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Sie forderten die Stadträte, die Landtagsabgeordneten und die OB auf, sofort zu handeln und den Druck auf die Landesregierung zu erhöhen, um gut funktionierende Strukturen und Dienstleistungen, die diese Unternehmen der Bevölkerung zur Verfügung stellen, auch für die Zukunft sicherzustellen. Die OB erklärte, dass sie für den Erhalt der Stadtwerke steht.

In der **Einwohnerfragestunde** ging es um das Ansinnen des Vorsitzenden des Fightsport-Gera e.V., eine Ersatzvariante für die durch das Hochwasser geschädigte Trainingssporthalle in der Vollersdorfer Str. jetzt zu finanzieren. Die Antwort der OB war für den Fragesteller unbefriedigend, weil eine vorgezogene Sonderfinanzierung von Einzelmaßnahmen, eine mögliche Wiederaufbauhilfe von EU, Bund und Land, ausschließen würde.

Eine Initiative der bündnisgrünen Gruppe im Stadtrat aufgreifend, beantragte die Fraktion DIE LINKE. **eine Aktuelle Stunde zum Thema „Zukunft der Geraer Verkehrsbetriebe“**. Darin bekannten sich die Fraktionen der LINKEN, SPD, CDU und Arbeit für Gera wie auch die OB für den Erhalt der SWG AG und ihrer Tochterunternehmen. Gleichzeitig sprachen sich die Redner dafür aus, die Probleme der SWG AG nicht mit den Problemen der Stadt zu verflechten. Stadtrat Weber (BÜ90/Grüne) sah keine Schuld beim GVB für die bestehende Finanzmisere. Von der OB forderte er ein Konzept zur dauerhaften Sicherung der Leistungsfähigkeit des GVB, bloße Absichtserklärungen der OB reichen nicht aus. Die CDU bekannte sich zum Fortbestand der SWG AG und forderte ein Unternehmenskonzept, ohne Zerschlagung effektiver Strukturen. Die Fraktion DIE LINKE. (M. Jung) forderte von der Verwaltung die Erfüllung des Haushaltsbegleitbeschlusses vom Mai 2011 ein, in dem die Verwaltung beauftragt wurde, mit den verantwortlichen Gremien ein Zukunftsentwicklungskonzept für die SWG AG und deren Tochterunternehmen zu erarbeiten. Sie erinnerte an den offenen Brief der Landtagsabgeordneten der LINKEN. An die Ministerpräsidentin, in dem die Verantwortung und Unterstützung der Landesregierung für die Daseinsvorsorge in der Stadt Gera eingefordert wurde. Bis heute steht eine Antwort der Thüringer Landesregierung aus! M. Jung sah primär die Verantwortung der Stadt bei der Sicherung des Verlustausgleiches für den GVB und nicht bei der SWG AG. Die Kritik des SPD-Fraktionsvorsitzenden (A. Allgäuer) richtete sich gegen den ehemaligen Vorstand der SWG AG, der keine rechtzeitige Lösung für das sich langfristig abzeichnende Problem erarbeitet hat. Er forderte eine Bürgschaft ein (Stadt respektive Land), die sich im Nachtragshaushalt 2013 wiederfinden muss. Die Fraktionsvorsitzende der Wählergemeinschaft Arbeit für Gera fragte zunächst die anwesenden Vertreter der SWG Unternehmen, ob sie mit der Demo den Stadtrat unter Druck setzen wollten und schloss die Frage an, ob diese Vertreter denn glaubten, dass den Stadträten das Schicksal der SWG egal sei. Sie erklärte, dass der Stadtrat und die

Entscheidungsträger alles tun werden, um die SWG AG zu retten, aber ein „weiter so“ wird und darf es nicht geben. Insbesondere forderte sie die Geschäftsführer auf, ihre Verantwortung wahr zu nehmen. Die Probleme der Vergangenheit müssen ausgeklärt werden.

Die OB stellte eingangs fest und widersprach damit E. Weber, dass in der Vergangenheit der Verlustausgleich nicht immer korrekt von der SWG and den GVB gezahlt wurde. Die Wirtschaftsprüfgesellschaft „Ernst & Young“ hat den Auftrag, ein Zukunftskonzept zu erarbeiten. Ein Verlust der Arbeitsplätze wie auch eine Rückzahlung von Fördermitteln stellten keine Alternativen für die Stadtverwaltung bei der Problemlösung dar.

Auf **Antrag der einreichenden Fraktion Bürgerschaft Gera**, wurden alle durch diese eingebrachten Vorlagen zur Neubesetzung von Ausschüssen und Zweckverbänden (Wechsel des Stadtrates Bornkessel von der CDU-Fraktion zur Bürgerschaft) zurückgezogen und für den nächsten Stadtrat angekündigt.

Eine paradoxe Situation ist im Ergebnis der erneuten Abstimmung über die **Hortgebührensatzung (Ergänzung des Beschlusses DS-Nr. 59/2013 vom 04.07.2013)** entstanden.

Die Mehrheit des Stadtrates (CDU, SPD, AfG, Bürgerschaft Gera) hatte in der Stadtratssitzung Juli 2013 diese Gebührensatzung beschlossen. Bei der Ausführung der Satzung durch die Verwaltung wurden im Nachgang durch das Landesverwaltungsamt 2 kleine Formfehler beanstandet, die eine Korrektur des Beschlusses vom 04.07. erforderten. Deshalb wurde diese Ergänzung der Gebührensatzung im Stadtrat September erneut vorgelegt und plötzlich abgelehnt. Nach erneuter Behandlung im Hauptausschuss und den Fachausschüssen stand deshalb die ergänzende Satzung erneut auf der Tagesordnung des Stadtrates Oktober und wurde mit 16 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen wiederum nicht bestätigt.

Beschlossen hat der Stadtrat mit Mehrheit die

- Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Übernachtungssteuer in der Stadt Gera
- Veränderungssperre für den Bebauungsplan B/131/10 „Wintergarten“
- Ergänzungssatzung ER/05/12 „Oberröppisch“
- Änderung des Flächennutzungsplanes Gera 20120 für den Planbereich „Ernsee Forststraße“
- Bebauungsplan B/119/05 „Wohngebiet Ernseer Forststraße“.